

Als Grundlagen einer demokratischen Haltung werden zwei Kernstücke hervorgehoben: die Wahrung der öffentlichen Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und der Verzicht auf Gewalt bei politischen Konflikten. Zu einer offenen Demokratie gehören außerdem die Betonung der Funktion einer Opposition als Gegenpart zur Regierung und die Bejahung der Auseinandersetzungen von Interessengruppen. Schließlich ist aufschlussreich für die demokratische Haltung, ob eher eine geordnete oder eine kontroverse Demokratie befürwortet wird, was sich in der Gegenüberstellung des Rechts auf Streiks und Demonstrationen einerseits versus Gefährdung der öffentlichen Ordnung andererseits manifestiert.

Die demokratischen Haltungen der Studierenden haben sich stark verändert: Sie sind weniger gefestigt und häufiger labil. Die nachfolgende Darstellung fußt auf Kernpunkten des Berichtes: Bargel, T.: Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007. Bonn, Berlin 2008.

30.2 Demokratische Prinzipien und Mitwirkungszufriedenheit

Fünf wichtige Elemente einer demokratischen Grundhaltung, und zwar Meinungsfreiheit, Gewaltverzicht, Oppositionsfunktion, Bejahung von Interessengruppen sowie Streik- und Demonstrationsrecht, sind der umfangreicheren Skala über "Demokratische Einstellungen" aus den 60er Jahren entnommen (vgl. Kaase 1971). Sie wurden in nahezu allen Erhebungen des Studierendensurveys (Ausnahme 2001) den Studierenden zur Stellungnahme vorgelegt.

Bejahung von Meinungsfreiheit und Gewaltverzicht

Die beiden Kernstücke der demokratischen Haltung, die **Meinungsfreiheit** einerseits und der **Gewaltverzicht** andererseits, werden von den Studierenden, bei allem andersartigen Wandel, fast unverändert bejaht. Sowohl die Unterstützung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit als auch der Gewaltverzicht bei politischen Konflikten sind weiterhin hoch. Auch im neuen Jahrtausend sind nur wenig Abstriche (bei der Meinungsfreiheit) zu erkennen. Diese hohe Stabilität ist bemerkenswert, denn damit werden zwei zentrale demokratische Prinzipien von den Studierenden ungeschmälert von Zeitläufen und Konjunkturen aufrecht gehalten.

Eine **Spur Verunsicherung** der Studierenden ist bei ihrer Einstellung zur Meinungs- und Demonstrationsfreiheit erkennbar. Dieses Recht, für seine Überzeugungen einzutreten und zu demonstrieren, wird nicht mehr ganz so häufig entschieden bejaht. Der Rückgang auf nun 77% (2007) ist beachtenswert, liegt er doch erstmals unter der Quote von 80% und bedeutet gegenüber 1993 eine Verringerung um zehn Prozentpunkte. Dafür hat sich der Anteil einer labilen Zustimmung auf 20% erhöht. Eine ablehnende Haltung diesem wichtigen demokratischen Prinzip gegenüber ist aber mit 3% unverändert sehr gering geblieben.

Oppositionsfunktion und Interessengruppen verlieren stark an Geltung

Entscheidende Veränderungen haben sich bei der Verteidigung der **Interessengruppen** und der Unterstützung der **Oppositionsfunktion** ergeben. Die Interessengruppen mit ihren Auseinandersetzungen finden längst nicht mehr bei vielen Studierenden entschiedene Zustimmung, vielmehr meinen immer mehr, dass ihre Auseinandersetzungen dem Gemeinwohl schaden: In den 80er Jahren vertraten nur 10% bis 14% diese Ansicht. Das Hinzutreten der neuen Länder erhöhte die Ablehnung von Interessengruppen als schädlich auf 18% bis 22% in den 90er Jahren. Im neuen Jahrtausend ist ein starker Schub eingetreten, zuerst auf hohe 34% (2004) und dann immer noch 28% (2007) einer Einschätzung als schädlich. Das entschieden positive Votum zugunsten

von Interessengruppen und ihren Auseinandersetzungen ist von 51% (1993) auf nur noch 32% (2007) stark zurückgegangen.

Der Beurteilung der Oppositionsfunktion als kritisches Korrektiv zur Regierung bzw. Exekutive ist es ähnlich ergangen: In den 80er Jahren lehnten zwei Drittel der Studierenden ab, dass es Aufgabe der Opposition sei, die Regierung zu unterstützen und nicht zu kritisieren. Mit dem Beitritt der neuen Länder trat in den 90er Jahren eine gewisse Abschwächung ein. Sie hat sich aber erst im neuen Jahrtausend zu einer anderen Haltung verfestigt: Denn nur gut ein Fünftel (22% bis 24%) ist noch dieser Ansicht einer kritischen Opposition. Dafür verlangen nunmehr zwei Fünftel (42% bzw. 38%), dass die Opposition die Regierung unterstützen solle, nachdem es in den Jahren davor zumeist nur knapp ein Fünftel war - mit der niedrigsten Quote von 15% im Jahr 1990.

Tiefgreifender Wandel im Demokratieverständnis

Der Wandel in den Haltungen der Studierenden gegenüber einer kontroversen, ja konflikthaften Demokratie ist tiefgreifend und hat sich im neuen Jahrtausend stabilisiert. Die Befunde lassen erkennen, dass die Studierenden im Grunde bereits 2004 für eine "große Koalition" bei geringerer Opposition plädierten und dieses Votum 2007 bestätigt haben, wenngleich nicht mehr ganz so vehement wie noch drei Jahre vorher. Ihre distanzierte ablehnende Haltung gegenüber einer kritischen Opposition und den Interessenvertretungen beinhaltet eine Suche nach Einvernehmlichkeit und Geschlossenheit.

Recht auf Demonstrationen vs. öffentliche Ordnung

Die öffentliche Ordnung findet in Schüben mehr Anhänger unter den Studierenden als das Recht auf Streiks und Demonstrationen.

- In entschiedener Weise hielt in den 80er Jahren fast die Hälfte der Studierenden das Recht auf Streiks und Demonstrationen aufrecht, auch bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung (47% bis 49%).
- Mit der Wiedervereinigung gab es eine auffällige Abschwächung dieser Haltung in den 90er Jahren auf gut zwei Fünftel (41% bis 43%).
- Im neuen Jahrtausend verteidigt nicht einmal mehr ein Drittel der Studierenden dieses Streik- und Demonstrationsrecht (33% bzw. 31%).

Die Vertreter einer störungsfreien öffentlichen Ordnung haben sich im Umfang weniger geändert: ihre Anhänger, die sich gegen Streiks und Demonstrationen aussprechen, wenn sie die öffentliche Ordnung gefährden, lagen im Zeitraum der Erhebungen durchweg bei 25% bis 28%; ihr Anteil ist aber 2007 mit 30% am höchsten.

Bereitschaft zur eindeutigen Stellungnahme geht zurück

Erwähnenswert ist die Zunahme jener Studierender, die hinsichtlich ihrer demokratischen Einstellung keine Entscheidung treffen: In den 80er Jahren lag ihr Anteil nur bei 12% bis 14%; er stieg in den 90er Jahren etwas auf 15% bis 17% an und erhöhte sich im neuen Jahrtausend erheblich auf über ein Fünftel, d.h. 2007 auf beachtliche 23%.

Dieser Rückgang der Bereitschaft zur Stellungnahme und der Meinungsäußerung unter den Studierenden ist ein weiterer auffälliger Wandel in ihren Haltungen: Sie sind diffuser geworden und sie vermeiden Festlegungen. Dies kann durchaus in Korrespondenz zur geringeren Unterstützung der Oppositionsfunktion mit ihrer Kritik und der Interessenverbände mit ihren Auseinandersetzungen gesehen werden. Insgesamt verweist es auf eine Schwächung des demokratischen Potentials unter den Studierenden, insofern damit auch mehr Uneindeutigkeit bei den politischen Positionen und ein Verzicht auf öffentliches Eintreten für sie zutrifft.

Mehr labile und distanzierte Demokraten

Wichtig ist festzuhalten, dass von den befragten Studierenden kein nennenswerter Anteil als **strikte Anti-Demokraten** eingestuft werden kann – sie bleiben stets unter der 1%-Marke, und zwar in allen Erhebungen zwischen 1983 und 2007.

Zugenommen hat allerdings die Gruppe der **distanzierten Demokraten**: In den 80er Jahren betrug ihr Anteil nur 5% bis 7%; er erhöhte sich nach der deutschen Einigung in den 90er Jahren auf 8% und ist im neuen Jahrtausend (2004 wie 2007) auf 14% angestiegen – ein insgesamt bedenklicher Trend.

Ebenfalls in starkem Maße hat sich die Gruppe der **labilen Demokraten** unter den Studierenden vergrößert: Sie beläuft sich 2004 und 2007 auf insgesamt 39%, ein sehr hoher Wert, denn in den 90er Jahren umfasste diese Gruppe viel weniger mit 24% bis 28% und in den 80er Jahren noch weniger mit 21% bis 23%. Diese gegenwärtige Labilität und geringe Konzeptfestigkeit der Studierenden erscheint wegen ihres Umfangs ebenso problematisch wie die undemokratischen Trends in der Studentenschaft.

Entwicklung des demokratischen Potentials in der Studentenschaft an deutschen Hochschulen (1983 - 2007)

(Demokratie-Skala mit 5 Items (tlw. umgepolt): Summenscore von 0 – 30; zusammengefasste Kategorien: 0 - 10 = ablehnend, 11-15 = distanziert, 16 - 20 = labil, 21 – 25 = eindeutig, 26 - 30 = vehement)

	Demokratische Haltungen				
	vehement	eindeutig	labil	distanziert	ablehnend
Früheres Bundesgebiet					
1983	30	41	23	6	1
1985	36	37	21	5	1
1987	36	38	21	5	0
1990	41	39	17	3	0
Deutschland					
1993	29	39	24	7	1
1995	30	37	25	7	1
1998	26	38	28	7	1
2004	12	35	39	13	1
2007	15	33	39	13	1

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Drei Entwicklungen des demokratischen Potentials unter den Studierenden sind zu beachten:

- Zum einen geht die Phase der Wende und der Entstehung des vereinigten Deutschlands (1990 bis 1993) mit einer Schwächung des demokratischen Potentials einher.
- Zum anderen ist mit dem neuen Jahrtausend ein noch stärkerer Einbruch des demokratischen Potentials festzustellen, der sich zwischen 2004 und 2007 stabilisiert hat.
- Zugleich ist ein immenser Anstieg der labilen Demokraten, vor allem im neuen Jahrtausend, zu bemerken: von 24% (1993) auf 39% (2007).

Auch bei der wichtigen demokratischen Grundhaltung haben die Studierenden vielfach Eindeutigkeit und Festigkeit verloren oder aufgegeben.

Tino Bargel